

Die „Vollswacht“
erschint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Korrespondenz, Neue Wuppertal Nr. 1/2
durch die Post und
durch Geldbestellung zu beziehen.
Preis vierteljährlich 1.00,
pro Bogen 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7822.

Vollswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühren
Zeitschriftliche oder sonstige
Belegblätter oder deren Anzahl
10 Pfennige, für Berlin und
Veranstaltungsorte
15 Pfennige.
Belegblätter für die nächsten Nummern
müssen bis Sonntag 10 Uhr in der
Korrespondenz abgegeben werden.

Nr. 62.

Freitag, den 13. März 1896.

7. Jahrgang.

Unsere Landwirthe auf dem Wege zum Socialismus.

Wenn sie auch noch nicht in hellen Haufen unter der roten sozialdemokratischen Fahne sich versammeln, nähern unsere „deutschen Landwirthe“ sich doch, gleichviel ob sie das wissen oder nicht, theoretisch und praktisch dem Socialismus und zwar dem demokratischen Socialismus.

Es stehen uns dafür Beweise aus den verschiedensten Gegenden und den verschiedensten Parteitagen zu Gebote.

Am letztvergangenen Sonnabend und Sonntag hat eine große Versammlung des freisinnigen Wahlvereins für Pommern und Brandenburg in Adolin stattgefunden.

Aus diesen Provinzen waren zahlreiche Landwirthe, Rittergutsbesitzer wie Bauern, erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der von der Lage der Landwirtschaft handelt, stellt der Rittergutsbesitzer Wüstenberg fest, daß eine Ursache zu dem wilden Nothgeschrei in dem Maße, wie das die von dem Herrn Plöz und Genossen geleitete Bund der Landwirthe behauptet, nicht vorhanden sei. Auf seinem 4-5000 Morgen, also 1000-1200 Hektar umfassenden Gute, habe auch die Ernte von 1895 noch einen Ueberschuß eingebracht. Er könne nicht klagen, allerdings fürchte er sich auch nach seiner Rede, gebe keine großen Gesellschaften und mache keine theuren Reisen. (!)

Im Laufe seiner Ausführungen kam Herr Wüstenberg auch auf den Socialismus zu sprechen und meinte:

Der Socialismus von links sei gar nicht so gefährlich, der von rechts — also der Staatsocialismus — sei heute zu Tage viel gefährlicher. Von der Verstaatlichung der Bodenbearbeitung zu bureaukratisch-militärisch-capitallistischem Zwang will demnach auch dieser freisinnige Großgrundbesitzer absolut nichts wissen. Ueber den demokratischen Socialismus aber ließe er mit sich reden.

Ähnlich äußerten sich eine Anzahl Bauern. Einer derselben, ein angeblich kleinbäuerlicher Besitzer, Steinhauer, protestirte gegen die Behauptung, der große wie der kleine Grundbesitzer hätten die gleichen Interessen.

Ein anderer Bauer sagte: An einem Strange mit den Rittergutsbesitzern sollen wir Bauern ziehen. Aber wir haben dabei das kürzere Ende in der Hand und sie das lange.

Der Vorsitzende des Stolper Bauernvereins, Bauergutsbesitzer Wandt, war genau derselben Meinung: Die großen Grundbesitzer haben die Vorrechte, die kleineren haben das Nachsehen. Wir verwalten uns gegenüber der Bevormundung seitens der Rittergutsbesitzer.

Die Resolution, welche zu diesem Punkte der Tagesordnung einstimmig angenommen wurde, mit Ausnahme dreier als Gäste anwesenden Wandler, war sehr vernünftig. Sie betrugte: In dem Bunde der Landwirthe habe man keine Interessensvertretung für die gesammte Landwirtschaft zu erblicken, sondern vorwiegend eine des größeren Grundbesitzers. Die Vertretung des Bundes gegen die Handels-

verträge, die allein den so schädlichen internationalen Zollkrieg verhindern, sei verwerflich. Ebenso verwerflich seien der Antrag Ranitz und die Wählerlisten zur Beseitigung der Goldwährung. Das Wohl der Landwirtschaft könne nur wirksam gefördert werden, wenn Stadt und Land zusammenhalten. Alle auf erhöhte Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens, Verbesserung der Transportmittel, Verbilligung der Transporttarife, gründlichere Fachbildung der Landwirthe, sowie auch Pflege ländlichen Genossenschafts- und Creditwesens gerichtete Bestrebungen sind thätig zu unterstützen.

Wenn die freisinnigen Landwirthe in Pommern und Brandenburg auf dem beschrifteten Wege fortschreiten, aber nicht bloß auf dem Papiere ihrer Resolutionen, sondern in der Praxis des wirtschaftlichen Lebens, so werden sie sich eines Tages an unserer, der Socialdemokraten, Seite sehen.

Dafür wird das von der Bevormundung der Großgrundbesitzer befreite landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zur Heilge Sorge tragen.

Reizte wir diesem Stimmungsbilde aus landwirtschaftlichen Kreisen der Provinzen Pommern und Brandenburg ein anderes aus dem düstersten Winkel des deutschen Reichs, aus Oberschlesien, an.

Dort fand in den letzten Tagen des Januar eine Versammlung der Localvereine des schlesischen Bauernvereins im Kreise Loß-Gleiwitz statt. Sämmtliche Localvereine des Kreises hatten sich eingefunden. Die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung machte aus der Noth der ober-schlesischen Bauern kein Hehl. Aber das geschah weder jammernd noch nöthend, sondern mit ernsther Würde und männlicher Ruhe. Es ist das umso mehr anzuerkennen, als die ober-schlesischen Bauern am härtesten von dem Großgrundbesitz und dem häßlichen Großcapital bedrängt und in ihrer Existenz gefährdet sind. Im Kreise Loß-Gleiwitz sitzen ihnen die größten und gefährlichsten der Latifundienbesitzer und zum Ueberschuß auch noch ein paar agrarische Großcapitalisten Breslaus auf dem Nacken.

Reich begütert sind in diesem Kreise der Graf Strachwitz, der Fürst von Hohnlohe Dehringen, Herzog von Ujest und der Herzog von Ratibor und daneben die Bankiers v. Ruffer (in Breslau, Loungierstraße 82) und der Geh. Commerzienrath Schöller (Königsplatz Nr. 5).

Als der erste Punkt der Tagesordnung wurde auf der in Rede stehenden Versammlung die zweckmäßige Anlage von Düngstätten besprochen. Der zweite Punkt betraf die verschiedenartigen landwirtschaftlichen Schulen. Von den versammelten Bauern wurde allseitig hervorgehoben, daß in Oberschlesien nur wenige Fortbildungsschulen existiren, welche trotz des colossalen Reichthums der Latifundienbesitzer des Regierungsbezirks noch dazu ein höchst armseliges Dasein fristen.

Nur eine einzige Wirterschule sei vorhanden und zwar in Doppeln. Charakteristisch für die ober-schlesischen Bauern ist, daß diese Schule noch vor wenigen Jahren höchst mangelhaft besetzt war, während sie gegenwärtig überfüllt ist.

Die Versammlung wählte ein Comité, welches auf

Nachrichtliche für Weiskreisbau, wo die Kreisversammlung stattfand, eine Fortbildungsschule und außerdem noch eine Wirterschule zu errichten beabsichtigt sein soll.

Einstimmig waren die Anwesenden überhaupt, daß sie, die Bauern und ihre Kinder, unter allen Umständen eine bessere Bildung brauchen, um als Landwirthe, als Gemeindeglieder u. dergl. mehr wie bisher zum allgemeinen Besten beitragen zu können.

Der schlesische Bauernverein, meinten die Loß-Gleiwitzer Bauern, thäte ja schon viel, aber er müsse noch mehr thun: durch die Wirterschulgenossenschaft noch umfassender für guten Samen, billige Düngmittel, Kohlen, Maschinen und überhaupt alles, was zum landwirtschaftlichen Betrieb nöthig ist, sorgen. In den Vereinsversammlungen werden Vorträge über landwirtschaftliche Fragen gehalten und sollen künftig hin auch noch mehr als bislang gehalten werden, um durch diese und die sich daran knüpfende Aussprache den Bauern bessere Kenntnisse zu vermitteln.

Also auch die ober-schlesischen Bauern marschiren — wenn sie gleich davon vorläufig noch keine Ahnung haben — strammem Schritte auf das Ziel des Socialismus zu. Ihnen und der deutschen Bauernschaft überhaupt, wenigstens allen den Bauern, welche durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Erkenntniß getrieben werden, daß sie in der Beherrschung ihres Einzelbetriebes nicht beharren können und die Bevormundung des Großgrundbesitzers, sowie die politische Knechtung seitens des Staates, ebenso wie dessen Steuerdruck nicht mehr dulden dürfen, werden eines schönen Tages durch den Drang und Zwang der Umstände die Augen darüber geöffnet sein, daß ihr einziges Heil in den Bestrebungen der Socialdemokratie zu finden ist.

Politische Rundschau.

Berlin, den 12. März.

Aus dem Reichstage. Die Volksherrichtung beabsichtigte sich am heutigen Schwermittage mit dem Impfwange. Es lagen zwei Gesetzentwürfe vor, von denen der eine von den Antifemiten, der andere von einer Reihe von Mitgliedern unserer Fraction ausging und die beide die Aufhebung des Impfwanges wollten. Es giebt in unserer Partei eine große Anzahl von Impfsgegnern, aber der Frankfurter Parteitag hat bekanntlich beschloffen, daß die Frage des Impfwanges keine Parteifrage ist, sondern ebenso wie etwa die Frage der Naturheilmedicin, des Antialkoholismus u. s. w. außerhalb des Rahmens unserer Parteibestrebungen fällt. Impfsfreunde und Impfsgegner müssen sehen, wie sie sich mit einander vertragen, die Partei als solche hat weder mit der einen noch mit der anderen Richtung etwas zu thun. Wegen des Impfs und den Impfwang sprachen heute die Abgeordneten Dr. Fischer, Reichhans und von Hohenberg, ein Antifemite, ein Socialdemokrat und ein Welfe, für das Impfen traten die beiden Ärzte Dr. Strauß (natl.) und Dr. Langerhans (frei. Volksp.) ein. Auch der Minister Herr von Bötticher schloß sich ihnen an, gab aber zu, daß Impfschädigungen vorkommen und versprach Verbesserungen. Der Antrag, die beiden Gesetzentwürfe einer Commission zur Berathung zu über-

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Rechtlich verboten.

Als sie eben aus dem Laden heraustrat, schritt ein junger Eleganz vorüber, der sie mit seinen graugrauen Augen hart fixirte und zum Gruße leicht an den Hut faßte.

Dora dankte mit einem flüchtigen Nicken des Kopfes. „Wer ist der Herr?“ fragte Lotte, die den Gruß des Unbekannten bemerkt hatte.

„Ein Kunde von uns“, versetzte Dora obenhin, „Lieutenant Argel von Pilgram.“

„Steht Ihr auf so vertrautem Fuße mit Eurer Kundschaft, daß Ihr mit einander Grüße tauscht?“ forschte Lotte zischend.

„Herr Lecker verlangt, daß wir gegen die Herren, die in's Geschäft kommen, höflich sind“, lautete Dora's Antwort.

An der Ecke der Charlottenstraße machte der Unbekannte, der den beiden Mädchen vorausgeschritten war, plötzlich kehrt. Wiederum muherte er Dora mit seinem tiefen, durchdringenden Blick, und es schien Lotte, als ob ein verfluchtes, lästiges Lächeln um seine Lippen spielte. Sie wandte sich um und erschrak fast, als sie den in einem modischen Civilanzug gekleideten Lieutenant nicht hinter sich herstreifen sah.

„Gehen wir rascher“, flüsternte sie leise.

Mit beschleunigten Schritten eilten die beiden Mädchen dem Schloßplatz zu. Hastig drängten sie sich durch die auf- und niederwogenden Gruppen, über deren Köpfe der kräftige warme Frühlingsschneise zausend und zupfend dahinwehte. Es waren ihrer diesmal so viele die er Menschen, und ihre Stimmung schien von der gewöhnlichen, harmlosen Freude am bloßen Gehen und Kommen ganz merklich verschieden. Eine auf-fallende Abhängigkeit prägte sich in allen Gesichtern aus.

War es nur der mit mächtigen Schritten herannahende Frühling, der diese Stimmung hervorrief, oder waren es noch andere, heftigere Empfindungen, die auf dem Grunde der Herzen ihr Wesen trieben und sich in den Zügen der Spaziergänger wieder spiegelten?

Es lag etwas wie Unruhe und Trost zugleich in diesen Zügen. Der Herren und Damen im Sonntagsstaat waren zahlreicher als sonst schlichte Handwerker und Arbeiter beigemischt, welche sich in ihrem vielleicht einzigen Rock früher kaum nach dieser vornehmen Promenade hinausgewagt hätten. Und doch schritten sie heute inmitten dieser gepushten und behandschulten Gesellschaft so sicher einher, als ob sie pödißlich alle Schen verloren und über Nacht ihr angeborenes Recht aufs Dasein erndt hätten.

Nach dem Schloßplatz zu wurde die Menschenmenge immer lebendiger und dichter, nur mit Mühe konnten die beiden Mädchen vorwärtskommen. Als sie an der Schloß-irenhöhe einbogen, wandte Lotte sich vorwärts spähend zurück und bemerkte, daß der elegante Verfolger bereits verschwunden war.

Werkwürdige Gedanken gingen ihr durch den Kopf. Welche Beziehung bestand zwischen Dora und diesem Argel von Pilgram, der ihr durch sein ganzes Wesen so gleich eine tiefe Abneigung eingeschloß hatte, wie sie instinctiv des jarte Bild vor dem bewegterigen Raubthier empfindet? Woher kannte Dora den Namen dieses Menschen? Jedenfalls mußte sie wachen über das Wohl des jungen, unerfahrenen Mädchens, das auf ihr Betreiben die Stellung in dem Lecker'schen Laden angenommen hatte. Aber sie durfte nicht mit der Thür ins Haus fallen, nicht durch ungeschickte Ausfragen in dem ebenso guhertigen wie neugierigen Kinde Gedanken erwidern, die vielleicht Dora noch weitaus weiter lagen.

Am Eingang in die Brüderstraße, vor der alten Stiege, wurden sie durch einen Anlauf am Weitergehen ver-

hindert. Ein verhämter und ausgehungertes all-m Ansichts nach argeitunterer Mann, ohne Rock und Mantel, in zer-rissenen Stiefeln und vielfach geflickten Beinkleidern, war durch einen der Gerdarmen, die vor dem Königschloße postirt waren, angehalten worden.

„Zum Reich will ich, zum Reich!“ rief er laut, indem er seine angestrichelten flammenden Augen nach den Fenstern des Schlosses richtete und den Hüter der Ordnung von sich ab-zuwiehlen suchte. „Brot will ich für meine fünf Kinder, Majestät, Bro—o—t! Anton Kowalla hungert mit seine Kinder!“

Der Beamte hatte alle Mühe, mit dem Ruhehörer fertig zu werden. Die Passanten sahen neugierig zu, ohne für die eine oder andere der beiden handelnden Personen Partei zu ergreifen.

„Jestern hab' ich 'n Rock verflopp't“, fuhr Kowalla, zu den Ungehörigen gewandt, fort — „und wean's heit kein Brot jübt, denn verflopp' id noch de Hosen. Seit acht Wochen such' id Arbeit, un kann keene kri-jen. Freß-freiheit will id, wie de Pferde in'n kienrichlichen Par-fall!“

Lauter Lachen erkante aus mehreren Gruppen der Zuschauer. Dadurch argeseuert, wollte Kowalla eben in seinen Ausführungen fortfahren, als zwei Garde-Offiziere die Menge zertheilten und dem Hüter des Gesizes zu Hilfe kamen.

„Geda, hierher!“ riefen sie ein paar Unteroffizieren und Gerstarmen zu, die in einiger Entfernung sichtbar wurden.

In strammer Haltung machte Kowalla vor den beiden Offizieren die militärischen Honneurs, was den Ungehörigen von Neuem zum Lachen Anlaß hot. Da traten drei Gerdarmen auf ihn zu, umklammerten mit eiserner Faust seine Arme und führten ihn nach der Polizeiwache des Schlosses ers, während die argesammelte Menge sich zerstreute und nur ein paar junge Burken den mit dem Verhafteten abmarschirenden Gajdchern nachfolgten.

weisen, fand keine Majorität im Hause. Darnach ist nicht zu erwarten, daß sich der Reichstag gegen den Zwang ausprechen wird. Daß der Bundesrat in keine Aenderung des bestehenden Gesetzes willigen wird, erklärte Herr von Bütticher ausdrücklich. Aussicht auf Erfolg haben die Zwanggegner also für die nächste Zeit nicht.

Das preussische Abgeordnetenhaus stellt sich nunmehr, um den Etat rechtzeitig fertig zu stellen, die durch die überfülligen Polen- und Kulturkampfdebatten zugehende Zeit dadurch wieder zu ersparen, daß es die wichtigsten Fragen mit durchaus unangebrachter Eile und Ueberstürzung behandelt. So wurde am Donnerstag das überaus wichtige Kapitel „Medicinalwesen“ des Etats zunächst im Colloquium durchberathen und sogar ein hierzu gerichteter Antrag der Nationalliberalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Medicinalreform von der Tagesordnung abgesetzt. Auch die Beratung des Extraordinariats des Kultusstaats ging verhältnismäßig rasch vor sich, obgleich hier schlechte Posten eingeklebt sind, wegen deren Bewilligung sich recht viel sagen ließe. Erwähnenswerth ist die Bewilligung von 80,000 Mk. für die Vorarbeiten zum Umbau der Berliner Charité und zur Verlegung des botanischen Gartens. Gegen die Nothwendigkeit des Umbaus der Charité erhob sich kein Widerspruch, dagegen machte Abg. Langenhans, der Stadtverordnetenvorsteher von Berlin, schwere Bedenken gegen die Verlegung des botanischen Gartens geltend.

Am Donnerstag wurde der Etat der Ansehungs-Commission nach der üblichen Polnendebatte und der Etat der Staatsschuldenverwaltung ohne Debatte erledigt. Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung stimmten die Sozialisten wieder das alte Klagebuch über den ihnen durch die Verschärfung zur Rückzahlung der Grundsteuerentscheidung auferlegten Zwang an, aber vergeblich. Der Finanzminister, der ihnen sonst jeden Gehallen gibt, kann ihren Wunsch nicht erfüllen, er verspricht nur, in der Einleitung und der Einleitung möglichst milde zu sein. Der Rest des Etats steht Freitag auf der Tagesordnung. Am Montag wird dann wahrscheinlich die dritte Lesung stattfinden.

Finanzminister Miquel, der Herrscher des Dreißigmillionen-Haushalts, will also, das geht aus der letzten Sitzung der Commission des preussischen Abgeordnetenhauses für das Lehrerbildungsgesetz hervor, so arabisch sein, wie ein Maß an den heranzureifen. Den großen Städten sollen also von ihren bisherigen Dotationen mit drei nur zwei Millionen abgenommen werden. Dafür sollten sie sich aber für ewige Zeiten zu reichgestellt erklären und einwirken in den Etat der Sozialisten zum Lieben und Heilen des geachteten Finanzministers. In dem Regierungsbudget war ein Fonds von 160,000 Mk. vorgesehen, um die Schwermere in ihren Dotationen vergrößern und besonders bedürftigen Orten zu helfen. Dazu soll also noch eine Million kommen für eine Uebergangszeit in der Zeit, daß ein für allemal eine endgültige Anstellung durch förmliche Verordnungen an jene Städte gegeben wird, die eine erhebliche Einnahme erleiden. Die Städte werden sich nicht, das Junkertum profitirt. Die Staatsbezüge gehen für das Volksschulwesen nur 2,924,528 Mark aus!

Die Reform der Seemannsordnung ist in Kürze in Berlin im Januar des Jahres in Vorbereitung gekommen worden. Da die verschiedenen wirthlichen Verhältnisse der Seiger und Kohlenarbeiter auf den größeren Dampfern dabei eine wichtige Rolle spielen werden, so hatte sich, wie man der „Frankf. Ztg.“ sieht, der Verein der Seiger und Kohlenarbeiter in Bremerhaven an das Ministerium des Innern mit der Bitte gewandt, zu der Revision eines oder mehrerer Paragraphen des Vereins zuzulassen. Das Ministerium hat darauf geantwortet, daß dem nicht im Wege stehe, daß einem Vereinemigende aus Reichskassen die Theilnahme an den Verhandlungen aus-

gattet sei, nur müsse der Mann mindestens drei-jährige Fahrzeit hinter sich haben. Der Verein wählte zum Vertreter einen Mann von der Besorgung des Schweißbrenners „Gavel.“ — Also ist wirklich einem Arbeitervertreter die Theilnahme an den Verhandlungen „gestattet“ worden?

Wie es gemacht wird. Die „Norddeutsche Volkstimme“ schreibt: Am 10. Februar 1896 unterzog der Herr Reichscommissar den Nordd. Lloyd-Dampfer Gavel in Nordenham einer Besichtigung. Nach der Markierung eines Bootsmanns an Boot 5 äußerte sich der Herr Reichscommissar gegenüber den anwesenden Seigern und Kohlenarbeitern, die Berichte, die von sogenannter aufrichtiger Seite an den Reichstag gelangt wären, seien nun doch nicht wahrheitsgemäß gewesen, Jeder habe sich davon überzeugt, daß Brot sowie auch Wasser in den Böden wäre, außerdem sei Alles in bester Ordnung am Schiff gefunden. Eine interessante Illustration zu den Schiffbesichtigungen giebt nun die folgende Depesche:

Gavel 1 Dittiger.

Nordenham.

Telegramm aus Bremen 1896 den 9. 2. um 12 Uhr 48 Minuten.

Werde morgen Gavel inspizieren, Bootsmannöver abhalten. Besuche Bootsrulle bereit halten.

Der Reichscommissar.

Dieses Telegramm spricht für sich selbst.

Stumms Schleifflein. In einer national-liberalen Versammlung in Saarbrücken wurde die Stummische Zeitungsgründung unter dem lauten Uirwül der Anwesenden einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen, so führt die „Frankf. Ztg.“ aus, die Enthaltungen des Vorsitzenden, des Herrn Kaufmann Ruhr, über die Gründung des Schleiffleins. Er stellte unter dem siebzehnjährigen Staunen seiner Zuhörer fest, daß Freiherr v. Stumm am 15. December 1885 nach St. Johann geschrieben habe: „Wir beabsichtigen ein neues Blatt zu gründen“ und zwar ein Blatt, „das eine feste Subvention und eine Jambertung von Druckkosten erhält.“ Damit stellte der Vortragende die ihren Lesern seitdem bekannten Auslassungen des Freiherrn auf der Reichstagsdebate vom 15. Januar in Parallele und verlangte Herrn v. Stumm offen der Unwahrheit. Die Versammlung erhob in einer Resolution lebhaften Einspruch gegen die Bebrückung der gütigen Kritik gegen die Politik der Gewalt, die in Saarbrücken Platz gegriffen habe und gegen die geachtete, den Frieden fördernde Kampfbereitschaft der neuen Zeitung. Sie verlangte in dieser Zeit Parteiblatt der Nationalliberalen zu erklären, spricht sich mehr über lebhaftes Gegenüber darüber aus, daß die Saarbrücker Zeitung durch Ablehnung einer Subvention ihre Selbstständigkeit und Ehre gewahrt habe. Der „Schleifflein“ wird endlich noch wie vor mit Stumm'schem Gelde Stumm'sche Politik treiben.

Auf den deutschen Märkten sind im Monat Februar d. J. gewirgt worden: 17,426,340 Mk. in Dreiernoten, 249,626 Mk. in kleineren Münzen, 1,181,934 Mark in Zwanzigmarken, 31,219,50 Mark in Fünfzigmarken und 30,264,98 Mark in Hundsmarknoten. Die Gesamtsumme beträgt also 49,031,638 Mk. in Geldnoten, 485,281,626 Mk. in Silbermünzen, 52,241,563,65 Mk. in Gold- und 18,068,094,46 Mark in Reichsmünzen.

In der sächsischen Kammer trat der sozialdemokratische Abg. Rade den Herrn Staatsminister gegenüber. Rade erklärte, daß er in einer vorhergehenden Rede die verschiedenen Seiten des Problems, welche die Sozialdemokratie in Sachsa angeht, habe. Er machte eine Zusammenfassung über die Geschichte des sächsischen Vereins der Arbeitervereine, die im Jahre 1894 und 895

bekannt und, obwohl die Zahlen keineswegs vollständig sind, ergibt sich aus denselben doch, daß in dieser Zeit 7 Vereine verboten, 20 Vereine aufgelöst, 158 Versammlungen verboten, 53 aufgelöst, 52 Feste ganz und 9 theilweise verboten wurden. Das übertrifft bei weitem die Zahl der Maßregelungen unter dem Socialistengesetz! Und trotz dieser unerhörten Unterdrückungsmittel diese feige Angst der „Ordnungsmänner“ vor der Socialdemokratie, eine Angst, deren jämmerlichste Frucht jetzt das neue Wahlgesetz in Sachsa ist! Verdient die Stippstaffel nicht, zu Grunde zu gehen?

Das Coalitionsrecht wird den Arbeitern durch die Anwendung reactionärer Vereinsgesetze immer mehr verkleinert. Die bayerische Regierung macht von ihrem Vereinsgesetz, welches mit dem sächsischen „Zusatz“ auf gleicher Stufe steht, den Arbeitercoalitionen gegenüber rigorosen Gebrauch. Furchtsame Bureaucraten und brutale Unternehmer sehen in den Arbeiterorganisationen nämlich die Ursache alles Uebels, aber die Leute, welche bei Ausübung ihres Berufs mit den Organisationen in Verbindung treten, fällen ein ganz anderes Urtheil über die Wirksamkeit der Vereine. In dem jetzt erschienenen Jahresbericht der bayerischen Fabrikinspectoren heißt es: Die Arbeiter-Ausgänge konnten sich wenig entwickeln. Dagegen haben die Arbeiterorganisationen sich wohlthätig erwiesen.

Recht interessant ist, was in dieser Beziehung der schwäbische Bericht sagt: „Die socialdemokratische Beschwerdecommission entfaltete im Vergleich zu jener der ordnungseliebenden Arbeitervereine eine regere Thätigkeit. Letztere war nur mit zwei berechtigten Reichwerden an den Fabrikinspector herangetreten, während die erstere eine weitaus größere Anzahl Beschwerden anbrachte, die größtentheils als zureichend sich erwiesen und auch nach Thunlichkeit mit Hilfe der Polizeibehörden abgestellt wurden.“

Der Bericht constatirt, daß an dem, was als Fortschritt im vergangenen Jahre bezeichnet werden darf, in erster Linie die Arbeiter selbst und besonders ihre Organisationen mitgewirkt haben. Der Bericht sagt:

„Die Arbeiterkraft entwickelt eine lebhaftere und nicht erfolglose Thätigkeit zum Zwecke der Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Sie nimmt wachsenden Antheil an der Durchführung der Schutzgesetze. Sie theilt sich eifrig und eifrig an socialen Einrichtungen aller Art (Straßenkassen, Gemeindegewerkschaften, Arbeitämtern, Volksbüros u. c.), sowie an Bildungs- und Wohlfahrtsbestrebungen (Arbeiterbildungsvereine, Unterstüfung Arbeitsloser, Sanatorien u. c.).“ An anderer Stelle heißt es: „Die hinsichtlich der Verringerung der Arbeitsdauer erzielten Erfolge waren größtentheils oder ausschließlich dem Vorgehen der Arbeitnehmer selbst zu verdanken und führten den Werth starker, gut geleiteter Arbeiterorganisationen wieder deutlich vor Augen.“

Dazu kommt die „Frankf. Ztg.“: „Wird man aus diesen hier objectiv constatirten Thatfachen endlich einmal etwas lernen? Da bekämpfen die Ordnungsmänner die Socialdemokratie als den Uebelthäter, betragen sich aber so, daß die Arbeiter nur im Wege der socialdemokratischen Organisation in so und so viel Fällen zu ihrem Rechte kommen können. Jetzt hat man auch den Schlüssel, warum Diagonalstreifen so gerne die Coalitionsfreiheit der Arbeiter unterbinden.“

Die Deutsche Partei Württembergs, so rennen sich die Nationalliberalen in Schwaben, hat am 8. März in Stuttgart auf ihrer Landesversammlung eine Resolution angenommen, worin sie „gestützt auf Artikel 61 der Reichsverfassung und Artikel 10 der württembergischen Militärconvention, die endliche Durchführung der seit 25 Jahren verprochenen Reform der Militärgerichtsverfassung und der Militärstrafverfahren verlangt und

„Ungleichheit, wie vorhin man diese Menschen hat“ wieder ein solches g. Heiler älterer Herr, den Ausführenden ein Herrscher oder höherer Beamter, indem er sich zu den beiden Offizieren wandte, die stehen im Hintergrund, sich zu entfernen.

„Was muß die Polizei unterstützen, wo man kann“, sagte einer der beiden Offiziere. „Hat gar zu schweren Stand mit dem Gefolge.“

Am Sonntag Morgen, hier an diesem Ort, eine so geliebte Scene! verließ ein wohlhabender Bürgermann mit etwa fünfzig Jahren, der mit einem prächtigen Reitpferd und seinem braunen Dach, einen schwarzen Bekleidungs- und reichem Schmuck anziehen war und ein prächtiges, mit Goldschmuck versehenes Gefährt unter dem linken Arm trug. Er kam offenbar aus der Sonntagsgandlung. „Da muß man ja alles Uebel mit diesen Reichen verlieren“, sagte er mit der Stimme schmerzlicher Enttäuschung.

„Sagen Sie denn, Herr, wie es so kam, wenn man's hat?“ bewachte treuerherzig ein einfacher, ein wenig gekleideter Arbeiter. „Sagen Sie, was es heißt, fünf hundert Kinder zu Hause zu haben und ohne Arbeit zu sein?“

„Über dem betrifft man sich nicht am hellen Sonntagmorgen und kommt hierher, um die höchsten Besoldungen zu bekommen? Dann geht man einfach zur Arbeit vorwärts und holt im Unterhaken“, meinte der Arbeiter im Antwortwort, dem es außerordentlich schmerzlich, daß die Distanz mit der Frau ihren Worten einige Augenblicke nicht hielt.

„Was kann man denn mit dem Geld machen“, sagte der Mann mit dem vollen unerschütterlichen. Er wird sich nicht, daß er im Arm den Reichen im Schilde tragen mag, und wird nur betonen, daß man sich nicht mehr in die Höhe setzen.“

„Was denn?“ sagte der Arbeiter, der den Herrscher mit der Distanz der Straßenszene an — eine solche Ideenentwicklung schien ihnen ganz neu und wichtig. Dann wandte er sich, aber für sich, eine Werbung und gurgelte dem Herrn die Rede nach der Straßenszene und zu dem anderen auch den Schreier zu.

„Lotte und Dora waren Zanginnen der unerschütterlichen, nicht ohne Grund.“

„Für die Zeit ist die arme Lotte“, meinte Lotte, während sie in die Straßenszene eintrat.

„Und unter jeder Hand muß natürlich liberal sein?“ sagte Lotte, brante Dora sprach.

„Was das hat Dora gemeint, da man den Gefolge hat?“ sagte Lotte. „So habe ich gar nicht mal erkannt.“

„Was? Da muß doch Dora alles Reichtum noch erkennen?“ sagte Dora, indem sie die Schenkel nichtig schüttelte.

„Sag doch die Arbeiter, Dora“, meinte Lotte, während sie die Schenkel schüttelte. „Da weißt du, daß ich nicht leiden mag. Du hast mich wirklich an einem Dinge zu denken, jetzt in Distanz zum Reichen eingezogen.“

„Sag doch die Arbeiter, Dora“, meinte Lotte, während sie die Schenkel schüttelte. Er war das Uebel vor dem vor dem Herrn des Schreiers in der Besichtigung und hat, für das Gefolge des Reichen so gar wie gewöhnlich bemerkt und hat nur noch auf ein wenig glänzender bestritten, in Distanz die Straße der Familie geführt. Er hatte die Schenkel schütteln, und so er in seinem hohen Herkommenes Leben, so war er ein Bekleidungs- und unglücklicher gewesen. Er hatte mit Lotte alle die Sorgen der Distanz geteilt und weniger die Distanz nach dem der Schenkel des unerschütterlichen Herrn ferngeführt. Aber nach Lotte alles nur unter schwerer Aufgabe — was sollte sie, das Schenkel schütteln, in den letzten Jahren ihr gemacht werden?

„Wir werden uns nicht sehr einander öffnen“, meinte Lotte, indem sie weiterstritten. „Für die nächste Woche hat Vater zu gut wie gar nichts in Aussicht — nur ein Koch ist zu werden für einen Freund des Gefolles.“

„Ich wundere mich nur, daß Vater diesen Schmid noch immer behält“, sagte Dora eifrig. „Wer selbst nichts zu beugen hat, braucht sich doch keinen Gefolles zu halten!“

„Aber Dora, was sind das für Redensarten!“ versetzte Lotte mit einer strafenden Seitenblick. „Seit zwanzig Jahren in Florian Schmid bei uns, immer wieder ist er von seinen Wanderschaften zu uns zurückgekehrt. Er hat uns als Kinder auf seinen Rücken geschaukelt, er ist gegen uns alle so zärtlich gewesen, wie ein älterer Bruder — und da sollten wir ihn jetzt den Stuhl vor die Thür setzen, weil Schmalhans mal bei uns Rädermeister ist? Nie soll dies geschehen, so lange ich noch ein Wort mitreden darf.“

„Unter Herr Lehrer sagt immer: „Jeder ist sich selbst der Richter“, meinte Dora schneppisch. „Was sag es ihrer schalkhaften Niene an, daß es ihr nur darauf ankam, durch ihren Widerspruch die eigene Selbstständigkeit gegenüber dem überlegenen Vernehmen der älteren Schwester zu betonen.“

„Häufige Grundzüge, die sich dieser Herr Lehrer beibringt“, sagte Lotte ernst. „Es that mir wirklich schon leid, daß ich aus dem Gedanken gekommen bin, Dich in dieses Geschäft zu bringen.“

„Ach, Du meinst wegen Ayl?“

„Ne war das? Wegen Ayl? Schämst Du Dich denn gar nicht mehr, Dora?“

„Ganz ernstlich ist der leichtfertigen Ton, den die überwältigende Kleine anzuschlagen beliebt, war Lotte unwillkürlich einem Moment haben getrieben.“

„Wir nennen ihn alle nur Ayl“, versetzte Dora gleichmüthig. „Uebrigens kann ich Dir versichern, daß es keinen unerschütterlicheren Menschen giebt, als diesen Ayl. Ein ganz frischer Reich, kann ich Dir sagen.“ (Fortsetzung folgt.)

es für dringend erforderlich erklärt, bei der für das ganze deutsche Meer einschneidend durchzuführenden Reform die Grundsätze der Ständigkeit und Selbständigkeit der Gerichte sowie der Öffentlichkeit und Unabwieslichkeit des Hauptverfahrens, wie sie sich im Königreich Bayern bewährt haben, zur Geltung zu bringen.

Schweiz.

Die Idee eines internationalen Arbeiter-Schlichtungsausschusses wird neuerdings von Regierungsrath Theodor Curti, St. Gallen propagiert. Dieses Amt, das seiner Sitz in einem neutralen Lande, etwa der Schweiz oder Belgien, haben sollte, hätte nach Curtis's Ansicht folgende Aufgabe: Die gesammte Arbeiterbewegung aller Länder zu sammeln, in die verschiedenen Sprachen zu übersetzen und zu verbreiten, Publicationen zu veranstalten über den Fortschritt der legislativen Thätigkeit auf diesem Gebiete; ferner sollte es ein Auskunfts- und Vermittlungsbureau sein und den Mittelpunkt der Arbeiterschutzbewegungen, die von ihm einzuberufen seien, bilden. Die Kosten für dieses Amt, die nicht gar erheblich sind, sollen von den verschiedenen Staaten gemeinschaftlich bestritten werden. Das letzte Ziel dieses Arbeiterschutzausschusses sollte die Herbeiführung einer internationalen Fabrikgesetzgebung sein. Die St. Gallener staatswissenschaftliche Gesellschaft, in welcher Curti über die Frage ein eingehendes Referat hielt, hat eine Commission beauftragt, die nöthigen Schritte zur Verwirklichung der Idee zu thun.

Italien.

Das italienische Ministerium ist erst jetzt fertig und noch nicht über das Programm ganz einig. Die Schwierigkeiten der Lage sind weit größer, als anfangs auch von den Gegnern Crispi's geahnt ward. Dieser hat mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit alle Hilfsmittel erschöpft, die tollsten Manöver, Operationen und Speculationen gemacht, um sich an der Gewalt zu halten; wie ein mit allen Hunden gehetzter Schweißhund hat er das Geschäft, dem er vorzustehen hatte, d. h. die Regierung Italiens, so gründlich verunreinigt und verfahren, daß kein Nachfolger mehr das Verlorene retten kann, und daß jeder Nachfolger erst längere Zeit braucht, ehe er sich nur zurecht findet. Und dann nehmen man die unplaubliche Verlogenheit Crispi's. Das erste, was er nach der Niederlage Baratteris that, war, daß er ihn zum Sündenbock machte. Und doch sieht es jetzt fest, daß er drei Tage vor der Schlacht an Baratteris seinem alten Weingefährten unter Garibaldi, den Befehl geschickt hatte, um jeden Preis einen Sieg für den Tag der Kommerzeröffnung zu gewinnen. Keine es wolle! Wenn nun Baratteris vor Gericht gestellt wird, wird Crispi an seiner Seite auf der Anklagebank sitzen. Nächsten Dienstag tritt die Kammer zusammen. Bis dahin haben die Minister sich zu verständigen. Mutini ist ein Gegner der „afrikanischen Politik“, und er ist nicht der Mann, den König zu Liebe seine Ueberzeugung zu ändern. Ein plötzlicher Rückzug aus Afrika ist allerdings nicht zu bewerkstelligen. In die „Colonialkasse“ ist leichter hineinzu kommen, als heraus. Aber da König Marius nur einen Verteidigungskrieg führt, da er noch unmitttelbar vor der Katastrophe von Abua den Italienern einen ehrenvollen Frieden angeboten hat, und da er nicht von europäischer Völkercivilisation angeheftet ist und sein Wort bisher immer gehalten hat, so wird es der Vermittlung, welche von England angeboten wird, vielleicht gelingen, ein für beide Theile annehmbares Uebereinkommen zu treffen.

Der „Patriotismus“ der italienischen Bevölkerung wird jetzt in der deutschen Capitalistenpresse in Zweifel gezogen, weil italienische Heerespflichtige sich in großer Anzahl der Einberufung zu den Waffen entziehen, um nicht an dem Feldzug in Afrika theilnehmen zu müssen. Pariser Blätter wissen zu berichten, daß sich an der französisch-italienischen Grenze eine erlöbte Auswanderung der Italiener bemerkt habe, die ihr Vaterland verlassen, um nicht nach Afrika geschickt zu werden. Die aber den Mont Cenis kommenden Eisenbahnzüge seien mit Italienern dicht besetzt. „Wir würden diesen Rückzug keine Bedeutung beilegen“, bemerkt dazu der „Hamb. Corr.“, „wenn nicht auch die Wiener Presse von ähnlichen Vorgängen an der österreichisch-italienischen Grenze zu berichten wüßte. Es haben nach einer Meldung aus Bozen in den letzten Tagen voriger Woche etwa 300 Personen, die dem Feldzug 1872 der italienischen Armee angehört, der bekanntlich einberufen werden soll, die österreichische Grenze bei Ala überschritten, um sich der Militärpflicht zu entziehen. In Trient, Roveredo und Bozen weilen zahlreiche Italiener, die sich der Einberufung entziehen.“ Dann erklärt der „Hamb. Corr.“: „Zur Ehre des italienischen Volkswillens möchten wir annehmen, daß es sich hier um solche Heerespflichtige handelt, die von den anarchischen und socialdemokratischen Agitatoren verhetzt worden sind.“

Wozu doch Socialdemokraten und Anarchisten gut sind! Hier sollen sie sogar als Ehrenreiter für den italienischen Patriotismus herhalten! Wie dumm! Sieht das der „S. E.“ nicht ein, welch trauriges Zeugnis er den „Patrioten“ damit ausstellt? „Patriotisch“ sind danach nur die Dummen, die sich stumm zur Schlichtbank führen lassen. Die wirklichen Patrioten in Italien können nichts Besseres, Patriotischeres thun, als wenn sie der blödsinnigen Agitation ein schlechtes Exempel machen. Uebrigens verpflichtet nach vernünftigem Ermessen die allgemeine Wehrpflicht wohl zur Verteidigung des Vaterlandes, aber nicht dazu, sich im Interesse dynastischer Ruhmes und capitalistischer Räuberei im fernem Lande opfern zu lassen. Die Italiener, die sich solcher Opferung entziehen, handeln sehr vernünftig und nicht weniger als „patriotisch“.

Belgien.

Brüssel, 10. März. Unsere beiden Genossen R. de Brondère und G. Beken erhielten eine Vorladung, in der nächsten Session, das ist in ungefähr zwölf Tagen, vor dem Schwurgerichtshof zu erscheinen. Sie hatten im antimilitaristischen Organ „Der Rekrut“ zwei Artikel veröffentlicht. Der eine „Mörder“ bezieht sich auf einen Soldaten, der im mörderischen Krieg eine Auszeichnung für seine gute Haltung erhielt, weil er auf Commando kaltblütig in die Waffe hineingestochen hatte. Als er nach Hause kam, behandelten ihn alle Leute, Eltern, Freunde und Verwandte als Mörder. Der andere Artikel „Du sollst nicht tödten“ ruft den Soldaten das Gebot der Bibel in Erinnerung und zeigt ihnen, warum die Herren von heute ihnen befehlen, zu tödten. Diese Proccesse zeigen deutlich, auf welcher Stufe die Propaganda in der Armee bereits steht, und wie fruchtbar sie ist. Die Verhandlung wird gewiß einen bedeutenden Widerhall finden. Es handelt sich nicht mehr, wie früher, um unvorne „jungen Garden“, junge Leute, für die der Staatsanwalt wegen ihrer Jugend Nachsicht forbert. Es handelt sich um zwei bewährte Parteigenossen, beide Gemeinderäthe; einer von ihnen, R. de Brondère, ist einer der ausgezeichnetsten Professoren der neuen Universität. Ihre Verteidigung werden zwei unserer besten Redner führen, Edmond Picard, socialistischer Senator, und der Kammerdeputirte Emile Vandervelde, der übrigens in derselben Nummer des „Rekruten“ einen ebenso entschiedenen Artikel veröffentlicht hat, wie die der Angeklagten waren.

Der nächste Parteitag der belgischen Arbeiterpartei, der während der Diern zu Gyarleroi stattfinden wird, wird auf seiner Tagesordnung die Frage der „Föderation der Gewerkschaften“, des Militarismus, der gewerkschaftlichen Organisation und der parlamentarischen Arbeit haben. — Diese Woche fanden zwei Gemeinderatswahlen statt, zwei neue Siege unserer Partei. Die Wahl in Herstal bei Lüttich verschaffte uns eine Mehrheit von mehr als 300 Stimmen, während sie im October nur 10 Stimmen betrug.

Frankreich.

Seit dem letzten Regionalcongrès der socialistisch-revolutionären Arbeiterpartei (Allemanisten) gingen Gerüchte über eine bevorstehende Spaltung innerhalb dieser Richtung um. Die Spaltung ist nunmehr zur Thatfache geworden. Die Gruppe des zehnten Pariser Bezirks, mit dem Abg. Grouffier und dem Gemeinderathsmittglied Faillat an der Spitze, hat sich gestern in einer öffentlichen Versammlung von der allemanistischen Organisation losgesagt. Ursache: die Gruppe will sich nicht dem Congreßschloß fügen, wonach die Abgeordneten von ihren Klatsen (9000 Franken jährlich) 5000 Franken und die Gemeinderathsmittelglieder, die 4000 Franken jährlich beziehen, die Hälfte an die Parteikasse abzugeben haben. Neben der Geldfrage spielen übrigens auch tatsächliche Meinungsverschiedenheiten mit. Grouffier verurtheilt in der gestrigen Versammlung die feindliche Haltung der auf Allemane schärodren Organisation gegenüber den übrigen socialistischen Richtungen. — Vom Standpunkte der franösischen socialistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit ist die Spaltung im allemanistischen Lager nur zu begrüßen, denn diese Richtung bildet das wichtigste Hinderniß zur endgültigen Vereinigung aller socialistischen Kräfte, insbesondere in Paris. Offiziell werden die ausgetretenen Allemanisten keine neue Gruppe von „Grouffisten“ bilden, sondern einer der bestehenden Organisationen beitreten.

Die Deputirtenkammer hat die Wahl Wilson's für gültig erklärt. Dieser eisersternige Hochappler, der Schwiegerohn des ehemaligen Präsidenten Clevey, ist jetzt wieder Abgeordneter.

Was die französische Colonialpolitik betrifft. Die amtlichen Ausweise über die Verluste der Madagaskarkruppen liegen jetzt vor, sie reichen bis Ende October; damals waren gestorben: 3 Stabesoffiziere, 20 Offiziere, 8 Beamte mit Disziplinarstrafe, 3 Feldgeschütze und 4326 Soldaten, außerdem fehlten 828 kabilese Träger, und zweitausend Kranke waren nach Frankreich zurückgeschickt. Die Todesfälle auf hoher See sind nicht mitgerechnet. Und das ist noch lange nicht die ganze Liste. Von den Kranken ist ein ungewöhnlich hoher Procentsatz gestorben. Vor dem Feind sind höchstens ein paar Hundert geblieben.

Parteilanglegenheiten.

Die Parteigenossen in Sachsen-Coburg-Gotha rüsten sich bereits zu den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen. Sie agitiren namentlich für die Erwerbung der lobsburg-gothaischen Staatsangehörigkeit.

Gewerbeerichts-Wahlen. Bei den am 9. d. Mts. in Frankfurt a. M. stattgehabten Wahlen der Arbeitgeber-Beisitzer beim Gewerbegericht theilnahmen sich unsere Parteigenossen mit einer eigenen Liste, unterlagen aber den vereinigten Handwerker- und Gewerbetreibenden.

Eine Barreco fernoz für das Herzogthum Oldenburg tagte am 8. d. Mts. in Oldenburg; 15 Deputirte nahmen daran theil. Betreffs der im Herbst stattfindenden Landtagswahlen zum oldenburgischen Landtag empfahl die Konferenz den Parteigenossen, überall, wo einigermaßen Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, in die Agitation für Theilnahme an der Wahl einzutreten. Die Vertrauensmänner sollen im Herbst ein Flugblatt speziell für die Landbevölkerung zur Verbreitung bringen.

Für den Kreis Rüttheim a. Rh. und die Stadt Kall finden demnächst die Gewerbegerichts-Wahlen statt, woran sich auch unsere Parteigenossen durch Aufstellung eigener Candidaten theilnehmen werden. Das socialdemokratische Wahlcomité hat nun mit den „Christlich-Socialen“ die Vereinbarung getroffen, daß die Stimmzettel von gleicher Größe und gleichem Papier angefertigt werden sollen.

Arbeiterbewegung.

Aus Cottbus wird uns berichtet: Eine am 10. d. Mts. abgehaltene Versammlung war von etwa 5000 Personen besucht; auch eine Anzahl Fabrikanten waren da. Die Arbeiter, die bereits sieben vergebens versucht haben, Verhandlungen mit den

Fabrikanten anzuknüpfen, erklärten sich auch jetzt dazu bereit, sobald die Unternehmer einen berechtigten Wunsch äußern. Eine eingehende Anfrage bei dem Fabrikanten, die noch am selben Tage abging, ist bisher unbeantwortet geblieben. Einmal der Fabrikanten, der in der Versammlung das Wort nahm, erklärte, daß eine baldige Einigung herbeigeführt werden müßte; er betonte dabei, nicht im Auftrage seiner Kollegen zu sprechen und erklärte weiter, daß die Unternehmer namentlich an zwei Mitgliedern der Lohncommission Anstoß nähmen. Von seiten der Arbeiter wurde darauf erwidert, daran würde die Einigung nicht scheitern, denn die zwei seien bereit, zurückzutreten. Die Sympathie der nichttheilhabenden Preise ist nach wie vor auf Seite der Arbeiter. Die Geschäftskreise von Cottbus haben den Streikenden zum Theil ansehnliche Beträge an Geld und auch an Lebensmitteln zur Verfügung gestellt; andere setzten die Preise der Lebensmittel bis zum Einkaufspreis herab. Der Consumverein hat die Brotpreise gleichfalls herabgesetzt; außerdem giebt er den Mitgliedern Credit bis zur Höhe der Einlage. Um so verwunderlicher ist es, daß, wie wir hören, die Arbeiter sich ausschließlich auf die Seite der Fabrikanten stellen. Die Hälfte der Gewerkschaften ist zurückgezogen; sie hat keine Arbeit gefunden. Personennamen, daß die Frauen und Mädchen ganz besonders treu zur Sache stehen und ihrhalten sogar die größten Entbehrungen muthig auf sich nehmen. Zeigen sich die Fabrikanten nicht entgegenkommend — die Arbeiter werden nicht capituliren. Selbständig für die Ausständigen nimmt die Berliner Gewerkschafts-Commission (R. Millang, Berlin S. Annenstraße 18) entgegen.

Aktion. Sattler Deutschlands! Gemüthliche Kollegen der Treibriemen-Fabriken Berlins sind in den Streik getreten. Die bitten, dieses beachten zu wollen. Die Lohn- und Agitations-Commission der Berliner Sattler. J. A.: Bruno Bösch, Skalitzerstraße 141a, IV.

In der Holzgerberei von Spitta Söhne in Braunschweig ist ein Streik ausgebrochen. Ursache ist die Maßregelung von Arbeitern wegen Zugehörigkeit zur Organisation.

Die Lithographen der Firma Vede u. Nesthale in Barmer sind mit ihren Unternehmern in Differenzen gerathen. Die Firmeneinhaber hatten an die Gehilfen das Ansehen gestellt, die bisherige neunstündige Arbeitszeit in eine 10 1/2 stündige umzuwandeln, da bei den gegenwärtig gebräuchlichen Preisen die Arbeiter viel fertig stellen müßten. Da diese merkwürdige Begründung den Arbeitern selbstverständlich nicht einleuchtete, wurde ihnen gestattet; ebenso den Lehrlingen.

In Riemitz bei Halle a. S. ist in der Fabrik der Firma Wilmke Sp. ein Streik der Nagelarbeiter ausgebrochen, weil die verlangte Lohnerhöhung nicht bewilligt werden sollte. Bei 13 stündiger Arbeitszeit von früh 6 bis Abends 7 Uhr (einschließlich einstündiger Mittagspause und je halbstündiger Frühstück- und Pausenpause) betrug der Lohn zwischen 8 Mk. und 8,40 Mk. Die Arbeiter verlangten 9 Mk. Lohn, wurden aber, wie bemerkt, abgewiesen.

Sociale Uebersicht.

Das Thema vom arbeitslosen Gewindel, das namentlich in agrarischen Blättern häufig vorkommt, erhält einen recht schätzenswerthen Beitrag durch eine Mittheilung, die wir in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des Bundes der Landwirthe, finden:

Der Verein zur Besserung der Strafgefangenen, der gestern unter Geheimrath Starke's Vorst. im Landgerichtsgebäude der Lindenstraße tagte, hat, wie hier mitgetheilt wurde, in diesem Jahre bereits 482 Straftatklagen in Arbeit bringen können gegen 414 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den 482 sind 408 der Landwirthschaft zugehört worden. Manche Arbeitslosse benutzen ganz geringfügige Polizeistrafen, um die „Würdigkeit“ zur Fürsorge nachzuweisen und so durch den Verein die oft ersehnte, aber schwer erreichbare Arbeit zu finden.

Wenn das Mittelstandsblatt wiederum auf die „Arbeitslosen“ schimpft, so wird kaum etwas anderes anzunehmen sein, als daß es mit diesem Titel seine eigenen Protectoren, die Geldten und Besten der Nation ins Auge faßt.

Gerichtliches.

Aus Liebe zur Verbrecherin geworden war die 24jährige Tochter Elisabeth des Schulinspectors Eichhorn in Leipzig. Sie hatte, wie j. Zt. berichtet wurde, durch gefälschte Sammelkisten Gelder (ca. 30 Mk.) zu ungelich wohlthätigen Zwecken erhoben und dann die Beträge ihrem in der Schweiz lebenden Bräutigam zur Fortsetzung seiner Studien überhandt. Als der Vater die Behauptung seiner Tochter erfuhr, ertränkte er sich in der Pleiße. Am Montag fand das junge Mädchen vor der Strafkammer, vor der sie sich zu dem Anfangs geäußerten Verbrechen bekannte. Sie gab auch zu, daß sie sich von dem Gelde viele Sachen gekauft und ihrem Vater dargelegt habe, sie seien ihr von einer reichen Dame geschenkt worden. Der Gerichtsarzt Dr. Thümmler hat die Angeklagte auf ihren Geisteszustand beobachtet, aber nichts Abnormes entdecken können. Der Staatsanwalt trat der Annahme mildernder Umstände nicht entgegen, für welche sich der Verteidiger in warmen Worten bewanderte. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte unter Anrechnung eines Monats erlittener Untersuchungshaft zu vier Monaten Gefängnis. Nach den Urtheilsgründen ist die Thot als Schuldresultat einer Reihe von Unwahrscheinlichkeiten und Argern Sittem gegenüber anzusehen, durch die sie sich in ein Netz verstrickt habe, dessen Maschen sie nicht lösen konnte. Zu ihren Gunsten wurde berücksichtigt, daß in ihrer Erziehung die zu große Liebe ihrer Eltern ein Fehler gewesen sei und das Entgegenwirken gegen unlaute Bistrebungen gefehlt habe. Strafschärfend kam dagegen bei Ausmessung der Strafe in Erwägung, daß die Beträge unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeit verbrüt worden sind.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“).

38. Plenarsitzung vom 12. März 1896 — 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des von dem Abg. Dr. F. D. H. (Antil.) und Meßner (Str.) eingebrachten Gesetzesentwurfs, die Aufhebung des Impfgesetzes betr., in Verbindung mit

der ersten Berathung des von dem Abg. H. O. S. (Sec.) und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs, die Aufhebung des Impfzwanges betreffend.

Abg. Dr. F. D. H. (Antil.): Er wolle nur die Aufhebung des bestehenden Zwanges zur Impfung, nicht aber die wissenschaftlichen Probleme der Seuchen- und Ansteckungsfrage erörtern. Das Impfgesetz von 1874 sei nur mit kleiner Mehrheit und auf Grund von fünf Punkten eines Medicinalgutachtens angenommen worden, welche heute nach besserer Erkenntnis der Seuchengefahr nicht mehr für zureichend gelten. Der Impfzwang sei für die Leute ein drückender Gewissenszwang und sei daher eine Quelle der Unzufriedenheit. Ob die Sterblichkeit seit dem Impfzwang propter Rec oder post hoc abgenommen, sei nicht nachgewiesen. Das die Impfung für gewisse Jahre einen vollkommenen Schutz gegen verdrängte Pottathen den nachgewiesenen Einfluß der Impfung nicht beweisen hätten, sei ebenfalls eine irrige und durch amtlich beglaubigte Fälle widerlegte Behauptung. Auch die Impfstatistik, auf

(Fortsetzung in der Beilage.)

Stadt-Theater.

Freitag: „Seingeler“. „Das goldene Kreuz“. Sonnabend: „Gisela“.

Lobe-Theater.

Freitag: „Die Perle“. Sonnabend: „Der Witz“. Dienstag: „Der Gefangen“.

Victoria-Theater.

Opern- und Ballet-Theater.

Felsen-Theater.

Abend des Concerts 7 Uhr der Bestimmung 7 1/2.

„Harmonie“.

Eintrittspreise 27. Eintritt: Große Sänger-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Der Breslauer Friseur-Verband.

Am 13. März 1896, 9 Uhr für den Vortrag mit Beginn in der Wohnung des Prof. Lucian Pasch, Paula, Fährstraße 12, per. u.

Neine wenn eingerichteten Lokalisationen.

mit Flüssigkeit empfiehlt ich den Fremden und Geschäften. Auch ist ein Vereinszimmer zu vergeben.

Gottlieb Stork.

26 Margaretenstraße Nr. 28. Jan Esenbach: Eisbein.

Das Schuhwaren Geschäft.

Scheitnigerstr. 38. empfiehlt mit bewährten Seiten seine allbekanntesten Herren- und Knaben-Schuhe, welche, trotzdem dieselben einzeln gearbeitet und mit dem besten Leder versehen sind, doch für den Preis von 1,50 bis 2,00 Mk. zu haben, billiger verkauft werden, als die Fabrikanten.

weiterer Anpreisung nicht möglich.

weil die beste Bekanntschaft ist für mich mein gutes Renommee.

Heinrich Christmann.

Schuhmachermstr. Franz Bregulla, Breslau, Breitestraße 42. empfiehlt zur gefälligen Beachtung sein neueröffnetes Cigarren-, Wein-, Spiritus- und Confections-Geschäft.

Zur Confirmation

Paul Quitt, Schuhmachermeister Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. 3366. Empfehlung mein großes Lager selbstgefertigter dauerhafter Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder. Herren-Gamaschen 2.50 Mk., Damen-Gamaschen 2.00 Mk., Kleiderstühle, gefüllt v. 50 Pf. an.

Prima Bezugsquelle für geröstete Caffee's.

Table with 2 columns: Name of coffee and Price. Includes items like Prap. Getreidcaffee, Victoria-Erbica, etc.

Hansbacken-Brot, hell, Geschmack pikant.

Stück 40 Pf. Sammelliche Waren verkaufe ich 10% billiger wie im Consum-Verein.

M. Suchy, Neue Lorenzstr. 23.

Confirmationen

Anzüge in grosser Auswahl schon von 3,50 Mk. an, Knaben- u. Schul-Anzüge von 3 Mark an, Elegante Herren-Anzüge v. 10,50 Mk. an.

Bruck's Kleidermagazin für Herren- und Knaben-Garderobe.

4, Adalbert-trasse 4.

Zur Confirmation.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes Schnürstiefel, Knopf-tiefel, etc.

Ludwig Herz.

Blücherplatz No. 4, neben der Mähren-Apotheke Roggenhausbachmehl, Hülsenfrüchte und Gegräube.

A. Mutzke, Pöpelwitz 46.

Wilhelm Schwarz's Arzte Hamburger Speise, Carl'splatz und Ohle-Gde.

Striegau Arbeiter-Verein.

Donnerstag, den 15. März cr. Nachmittags 3 Uhr im ehemaligen Caféhaus „Zur grünen Eiche“ Versammlung.

Eisdorf bei Striegau.

Donnerstag, den 15. März cr. Nachmittags 3 Uhr im Local des Herrn Radewagen eine öffentl. Steinarbeiter-Versammlung.

! Brot !

groß u. schmackhaft, freie Bereinigung aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Breslaus und Umgegend.

Trauerhüte

in größter Auswahl zu bekannt billigen Preisen M. Tichauer, Neuschestrasse 47.

Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich billiger als Ueberall. Eduard Freund, Neuschestrasse 57, Ecke Hinterhäuser.

Todes-Anzeige. Mittwoch, den 11. d. M. verschied nach langem Leiden unser werther Verbandskamerad der Zimmerer Wilhelm Obst im noch nicht vollendeten 33. Lebensjahre.

Confirmationen. reine Wolle 6,50, schwarze und weiße Stoffe enorm billig. S. Danziger, Adalbertstr. 20.

VI. Stiftungsfest bestehend in Vocal- und Instrumental-Concert, Theater, humoristischen Vorträgen und TANZ.

Pietsch's Lokal Gartenstr. 23e Sonntag, den 15. März 1896: IV. Stiftungsfest des „Liedertafel“.

zu verkaufen. Gutmacher zu Breslau. Sonntag, den 22. März, Nachm. 3 Uhr im Locale des Herrn Friedrich Mauritiusplatz, Hochparterre, rechts.

Striegau Arbeiter-Verein. Sonntag, den 15. März cr. Nachmittags 3 Uhr im ehemaligen Caféhaus „Zur grünen Eiche“ Versammlung.

Eisdorf bei Striegau. Donnerstag, den 15. März cr. Nachmittags 3 Uhr im Local des Herrn Radewagen eine öffentl. Steinarbeiter-Versammlung.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

Trauerhüte in größter Auswahl zu bekannt billigen Preisen M. Tichauer, Neuschestrasse 47.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

Farin. Bester weißer à 24 Pf. Borj. Kaffee tagl. frisch abgem. Carlsbader Mischung à 24 Pf. 1,50.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

! Brot ! große Fein- und Weißwaaren zu billigen Preisen Paul Zorowka, 65, Karzeggasse 65.

Unsere Geschäftsräume bleiben hoher Saison wegen Sonntag von 11-2 Uhr geöffnet. Warenhaus Gebr. Barasch, 65 Ohlauerstrasse 68.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Welche Redner einseitig, sei sehr unzuverlässig und anfechtbar. Eine Menge Naturforscher und Ärzte seien auf Grund ihrer gelehrtesten Wissenschaften Impfgegner. Die Impfgegner behaupteten, daß die Impfung für 10 Jahre immunisire. Folgerichtig müßten sich alle Menschen von 10 zu 10 Jahren einer Impfung unterziehen und Impfanstalten hätten das auch. Mit Ausnahme der Soldaten würden die Einwohner aber nur zwei Mal, das zweite Mal im 12. Lebensjahr geimpft, seien also durchaus nicht immun. Es bestehe also selbst vom Standpunkt des Impfgegners die Impfung als Gefahr trotz des Impfwanges. Die große Seuche in den vier Jahren habe auch bewiesen, daß eine Immunität nicht bestehe. Seitdem sei die Hygiene sehr fortgeschritten und eine große Seuche nicht mehr eingetreten. Trotz der Schutzimpfung litten auch ältere Leute öfters an Pocken. Die Widerstandskraft scheine unter der Impfung zu leiden, ganz abgesehen davon, daß mit der Impfung Krankheiten mit in den Körper eingeimpft wurden. Man verweise zum Beweise für die segensreichen Erfolge der Schutzimpfung auf das Ausland, wo keine Zwangsimpfung besteht. Aber auch diese Beweise dürften sehr schwer zu erbringen sein. Die Impfgegner sagten, jetzt könne man so schöne gelunde Pocken herstellen, was früher noch nicht möglich war. Aber nach dem Aussprüche medizinischer Autoritäten gäbe es „ganz ungefährliche“ Pocken überhaupt nicht. Früher habe man gesagt, wenn nur wenige Fälle von Impfschädigung nachgewiesen wären, so wolle man auf den Zwang verzichten. Nur unter dieser Bedingung haben damals 1874 viele dem Impfgesetz zugestimmt. Es seien aber schwere Impfschädigungen und gar nicht selten vorgekommen und doch hebt man den Impfwang nicht auf. Selbst in der amtlichen Denkschrift seien Impfschädigungen zugegeben worden. In der Schweiz sei der Impfwang, seit 1852 aufhebbar und heute fast überall in wenigen Cantonen, deren Gesundheitsstatistik aber ungünstiger sei, als die der anderen auch hinsichtlich der Pocken. Daraus erhellt, daß man eine Schädigung der Bevölkerung durch Aufhebung des Impfwanges keineswegs herbeiführen würde. Im Jahre 1870/71 hat sich auch ergeben, daß in der schlechter geimpften französischen Armee, namentlich in den algerischen Truppen, weniger Erkrankungen vorkamen, als in der deutschen. In Paris fielen 1871 viele geimpfte Einwohner der Krankheit zum Opfer, die nicht geimpften Mobilgardisten aber blieben fast ganz von ihr beschont. Die französischen Kriegsgefangenen wurden aus Vorsicht beim Uebertritt über die Grenze geimpft, gleichwohl fiel ein großer Prozentsatz von ihnen der Seuche zum Opfer. Auf die Statistik über die Impfschädigungen ist gar kein Gewicht zu legen, da es dem Gemeinen überlassen bleibt, eine Erkrankung oder einen Todesfall auf die Impfung zurückzuführen oder nicht. Außerdem ist gar nicht festzustellen, ob nicht später auftretende Krankheiten durch die Impfung hervorgerufen werden. Redner citirt die Aussprüche einzelner ärztlicher Gegner gegen die Impfung. Ärzte, die Gegner des Impfwanges sind, kommen in eine eigenthümliche Lage: Sie müssen impfen, wenn es verlangt wird, und ihr Gewissen vertritt es ihnen. Diesen Zwang sollte man dem ärztlichen Stande nicht auferlegen. Sehr bedenklich ist die große Menge von Strafen, die wegen Unterlassung des Impfwanges verhängt werden. Das eine Gericht ist der Ansicht, daß wenn ein Vater sein Kind nicht impfen läßt, eine einmalige Bestrafung genügt und eine weitere Bestrafung unzulässig ist. Andere Gerichte haben die härtere Auffassung, daß bei fortgesetzter Weigerung fortgesetzt gestraft wird und zwar in steigendem Maße. Man denke sich in die Lage der Eltern hinein, die ein Kind durch die Impfung verloren haben. Wir verlangen die volle Freiheit des Staatsbürgers in der Gesundheitspflege seines Körpers. Jeder Zwang des Staates muß verworfen werden. Redner bittet um Annahme des von ihm eingebrachten Beschlusses und ist mit einer Commissionsberatung einverstanden, wenn diese Commission das Recht hat, Sachverständige zu berathen.

Abg. Reichhaus (Social.): Die ausführlichen Erörterungen des Abg. Förster machen es mir zur Pflicht, mich kurz zu fassen. Auch unser Antrag verlangt nur die Aufhebung des Impfwanges. Ich muß hervorheben, daß ich nicht im Namen meiner Fraktion spreche, sondern nur für die Antragsteller. Denn auch in unserer Fraktion befinden sich leider noch Leute, die da glauben, daß der menschliche Körper durch Einführung von Krankheitsstoffen gesund gemacht werden kann. Auf die medizinischen Gründe gegen die Impfung will ich als Laie nicht eingehen. Nur die Stimmung vieler Kreise will ich hier zum Ausdruck bringen. Der Widerstand gegen das Impfgesetz hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Die Zahl der Petitionen gegen das Gesetz hat sich beständig vergrößert. Gewachsen ist auch die Zahl der Bestrafungen, auch ein Zeichen für den wachsenden Widerstand. Ja, die Behörden sprechen, um die Impfung durchzuführen, selbst vor Ungehelichkeiten nicht zurück. So erhielten eine Anzahl Ernter Bürger unter Hinweis auf 11 des Impfgesetzes die Aufforderung, ihre bisher nicht geimpften Kinder impfen zu lassen. In 14 steht aber nichts von einem Zwang der Eltern, die Kinder impfen zu lassen: es ist nur ihre Verpflichtung ausgesprochen, Gründe anzugeben, weshalb die Impfung unterbleiben ist. Ja, die Ernter Behörden drohten sogar mit Zwangsimpfung, obwohl eine solche Zwangsimpfung auf Grund der bestehenden Gesetze nur im Falle der Epidemie zulässig ist. Die betroffenen Ernter Bürger gaben zunächst eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet; sie sind aber damit zurückgewiesen und auf das Verwaltungsrechtsweg verwiesen worden. Die geltende Rechtsprechung über das Impfgesetz befindet sich in wahrer Anarchie. Nur das hat sich herausgebildet, daß man sich durch kleine Geldstrafen nicht mehr vom Impfsübel befreien kann. Das können nur noch Commisariatsräthe, die große Geldstrafen ausstatten können. Der wissenschaftliche Nachweis der Impfstheorie ist noch nicht gelungen. Dr. Schneider hat in der „Frankfurter Zeitung“ dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Auch andere Ärzte haben sich in dem gleichen Sinne ausgesprochen, so Dr. med. Vogt-Bern. Ist die Impfstheorie richtig, ist sie von so großem Einfluß auf die Volksgesundheit, dann ist es Pflicht der Regierung, alle die Einwendungen dagegen zu widerlegen. Das Volk, das sich mit der Frage seit langem beschäftigt, kann das wirklich verlangen. In Krankenhäusern hat man ähnlich schlechte Erfahrungen gemacht. Daran kann die Denkschrift des Reichsgesundheitsamts nichts ändern. Von Professor Wichow ist constatirt worden, daß die Impfung den Schafen schädlich ist. Da kann man es doch den Eltern nicht verdenken, wenn sie die Impfung auch für ihre Kinder für schädlich halten. Den Herren vom Reichsgesundheitsamt wird es ja leicht sein, zu beweisen, welche Unterchiede im Organismus die Impfung für die Schafe schädlich, für die Menschen nützlich machen. Mir ist es bei meinem Laienverstande nicht verständlich. Die Einführung der Pockenpflanze meiner Ueberzeugung niemals gesundheitsfördernd sein. Als in den vier Jahren in der Magdeburger Gegend die Pocken grassirten, wurde meine damals 2 1/2 Jahr alte Schwester geimpft. Gerade sie wurde pockenkrank, während wir anderen, nicht geimpften Geschwister, obwohl wir in Folge der strengen Verhältnisse, in denen ich aufgewachsen bin, nicht miteinander schliefen, gesund blieben. Will man die Volksgesundheit heben, führe man hygienischen Unterricht in den Schulen ein, sorge für Reinlichkeit und Körperpflege. Hebe man den Zwang der Impfung auf, überlasse man es Jedem, ob er sich impfen lassen will oder nicht und verwenden wir die Millionen, die jetzt für die Impfung ausgegeben werden, für hygienische Zwecke. Wenn die Impfstimmung und Serumtheorie noch weiter um sich greift, werden wir uns bald nicht mehr über Pockenärger, sondern über Impfmanien beklagen dürfen. Die Impfstheorie ist ein Aber-

glauben, wie Herenzugabe ein Uberglauben war. So lange noch die Controversen vorhanden sind, ist die Sache nicht spruchreif, so lange darf kein Zwang ausgeübt werden, so lange dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn die Impfgegner immer zahlreicher werden. Wir wollen das Impfen nicht verbieten, wir sind bloß gegen den Zwang. Nehmen Sie, bitte unseren Antrag an. (Beifall bei einem Theile des Hauses.)

Abg. Dr. Kruse (natl.) glaubt die Einwände der beiden Vorredner in kurzer Zeit widerlegen zu können. Eine Commission sei nutzlos, sie würde so auseinandergehen, wie sie zusammengetreten würde. Man hätte denken sollen, die Denkschrift des Reichsgesundheitsamts sei so objectiv abgefaßt und führe dabei den Nachweis für die Impfstheorie so schlagend, daß sie die Impfgegner bekehren würde. Aber das sei nicht der Fall, die Herren seien offenbar viel sachverständiger, als die Ärzte, die auf Grund ihrer wissenschaftlichen Erfahrungen urtheilen. Herr Förster sagte, zu vollständiger Immunität gehöre eine Wiederholung der Impfung von 10 zu 10 Jahren, wenn man die Impfstheorie gelten lassen soll. Das sei aber ein Mißverständnis. Die Impfung mache, wenn sie auch nicht völlig schütze, den Körper viel widerstandsfähiger gegen die Pocken, auch wenn sie nur ein oder zweimal erfolgt ist. Er halte die Impfung für notwendig, den Impfwang für heilsam und werde deshalb für Beibehaltung des Impfgesetzes vom Jahre 1874 stimmen.

Abg. Dr. Vangerhans (frei. Volksp.) Ich bin dem Reichsgesundheitsamt dankbar für seine wissenschaftliche Publication über die Impfung. Im Gegensatz hierzu muß ich die Begründung der beiden Anträge für geradezu leichtfertig erklären. Auch über die Folgen der Impfung kann nur die Wissenschaft entscheiden. Nennen Sie mir irgend einen wissenschaftlichen Verein, irgend einen großen Arzt, der sich gegen die Impfung ausgesprochen hat! Wir Ärzte haben von der Impfung gar nichts, wir dienen nur der Wahrheit. 100 Jahre nach Jenner's Entdeckung hat die Wissenschaft einen bedeutungsvollen Fortschritt durch die Serumtherapie gemacht, die auf demselben Wege wie die Jenner'sche Entdeckung liegt. Und da sollen wir jetzt den Impfwang aufheben? Ich würde mich schämen, wenn der Reichstag seinen solchen Beschluß fassen wollte! (Beifall.)

Abg. von Hohenberg (Wesse): Ich wende mich weniger gegen den Impfwang, als gegen die Ausfühungsbestimmungen über die Impfung. Es werden zu viel Kinder auf einmal geimpft; es müßte eine Maximalzahl von 30 Impfungen festgesetzt werden. Ferner müßte verboten werden, daß zwei Kinder hintereinander mit derselben Langete geimpft werden. Es erregt weiter Unzufriedenheit, daß der Aemtere gezwungen ist, sein Kind bei den öffentlichen Privatorten impfen zu lassen, während der Reiche zu seinem Privatort geht. Wenn der Zwang dahin ausgebeugt würde, daß alle Kinder bei den öffentlichen Impfungen geimpft werden müssen, so würde die Zahl der Impfgegner bedeutend wachsen. Vielleicht empfiehlt es sich aber, die Kasernenärzte die Impfungen vornehmen zu lassen.

Minister von Bötticher: Der Weg, den der Vorredner vorschlägt, wird auch nach meiner persönlichen Meinung dahin führen, daß die Impfschädigungen vermieden werden. Der Bundesrath wird sich nach meiner Kenntnis gegen eine Aufhebung des Impfgesetzes erklären. Die bisherigen Erfahrungen weisen keineswegs darauf hin, daß es wohlgethan ist, dieses werthvolle Schutzmittel gegen eine gefährliche Krankheit aufzugeben. Die Publication des Gesundheitsamts stützt sich auf amtliche Aufnahme und verdient deshalb den Vorzug vor jeder anderen Statistik. Das Gesundheitsamt hat das Material mit außerordentlicher Sorgfalt aufgestellt. Leider ist der Director des Gesundheitsamtes durch Krankheit verhindert, an der heutigen Sitzung theilzunehmen. Die wachsende Zahl der Impfgegner erklärt sich einfach daraus, daß das lebende Geschlecht keine Ahnung mehr hat von der Verderblichkeit einer Pockenepidemie. (Sehr wahr!) Es ist auch menschlich erklärlich, daß das menschliche Herz sich empört, daß die Eltern durch den Staat gezwungen werden, ihre Kinder durch die Impfung immerhin einer gewissen Gefahr zu unterwerfen. Aber der Staat hat das Wohl der Gesamtheit dem Wohl des Individuums voranzustellen. Wohl aber hat der Staat die Pflicht, alle Impfschädigungen möglichst zu verhindern. Und darin haben die Regierungen stets ihre Schuldigkeit gethan. Es soll nur gute, unverfälschte Thierlymphen verwandt werden. Jedes Kalb, von dem Lymphe genommen wird, wird geschlachtet und wenn sich im Gasauber die Anzeichen irgend welcher Krankheit finden, so wird die Lymphe vernichtet. In Hessen wird die Lymphe den Ärzten unentgeltlich gereicht. Ich bin gern bereit, diese Maßregel auf das ganze Reich auszu dehnen. Es wird weiter jetzt nur auf den linken Arm geimpft, um das Fieber, das sich nach der Impfung einstellt, zu mildern. So suchen wir die Impfvorschriften beständig zu verbessern. Selbst wenn aber die vorhandenen Impfschädigungen nicht zu verbessern wären, so bin ich doch der Meinung, daß der jetzige Zustand den Vorzug verdient vor einem Zustand ohne Impfwang. Deutschland und Schweden stehen am glücklichsten in Bezug auf die Zahl der Pockenkrankungen, Spanien und Rußland am schlechtesten, weil dort kein Impfwang herrscht. Ich halte diese Thatsache für beweisend. (Bravo.)

Abg. Reichhaus (Soc.): Der Abg. Dr. Vangerhans irrt sich, wenn er sagt, daß kein hervorragender Arzt sich gegen den Impfwang ausgesprochen hat. Redner vertieft eine Liste von Ärzten, darunter einige Leibärzte, die sich als Impfgegner bekannt haben. Diese Thatsachen lassen sich durch keine Redensart aus der Welt schaffen. So lange die Wirkung der Impfung zweifelhaft ist, sollte man kein Zwangsgesetz machen. Die Schweiz hat die Impfung seit 1853 aufgehoben. Hier ist der Beweis geliefert, daß es auch ohne Impfung geht. Es sind eben andere Gründe, die Pockenepidemien verhindern, nicht die Impfung. Redner schließt sich dem Antrage des Abg. Förster auf Einsetzung einer Commission an.

Damit schließt die Discussion. Nach einem Schlusswort des Abg. Förster wird der Antrag des Abg. Förster, die beiden Beschlüsse einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen, abgelehnt.

Die zweite Beratung findet im Plenum statt. Schluß halb 6 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Colonialrat.

Locales.

Breslau, den 13. März 1896.

*** Wahlreform in Breslau.** Endlich, endlich haben unsere Stadtväter dem jahrelangen Drängen der Breslauer Arbeiterschaft nachgegeben und ihnen die Thore zum Stadtparlament ein klein wenig geöffnet. Nach langer Redensclache in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung ist der Antrag des Rechtsanwalt Heilberg auf Erweiterung des Communalwahlrechts mit 65 Stimmen angenommen worden. Der Antrag Heilbergs, resp. des Wahl- und Verfassungsausschusses lautete dahin: „Die Stadtverordneten-Bestände vom Jahre 1853 und 1874 sind aufzuheben und das Bürgerrecht in Breslau an die Veranlagung zur städtischen Einkommensteuer auf Grund eines Normalsteuerfußes von 4 Mk. zu knüpfen.“ Derselbe Antrag ist schon vor zwei Jahren im Stadt-

parlament gestellt, durch das Betreiben der Stadtverordneten Bellerode und Dr. Vorich aber abgelehnt worden. Inzwischen hat die Arbeiterschaft es an Agitation nicht fehlen lassen und durch den Proceß Bergmann und Genossen, der ja unseren Lesern genugsam bekannt ist, eine gewaltige Beize in die Fesung gelegt, die sich gestern hat ergeben müssen. Vom politischen wie rechtlichen Standpunkt, erklärte der Referent, lasse sich die neue Wahlprogras in Breslau nicht mehr halten und eine Aenderung sei eine unabweißbare Nothwendigkeit. Es handele sich im Ausschuss um dreierlei Anträge. Erstens der Antrag Heilberg, zweitens der Antrag Bellerode: allen Breslauer Bürgern, die jährlich 2,40 Mk. Steuern zahlen, das Wahlrecht inzuräumen, und drittens der Antrag Sedgde, der den Steuerzensus auf 6 Mk. erhöht haben wollte. Letzterer Antrag sei schon um deswillig hinfallig geworden, weil er keine Erweiterung, sondern eine Beschränkung des Wahlrechts be- wende, und der Antrag Bellerode sei deswegen nicht angenommen worden, weil zu befürchten stehe, daß er von der Regierung nicht angenommen werden könnte. Es blieb daher nur der von Heilberg gestellte Antrag übrig, der schließlich im Ausschuss angenommen wurde.

Unsere Leser dürfen indeß nicht etwa glauben, daß der Beschluß in den Ausschüssen in ruhiger Weise gefaßt worden ist. Es muß, nach der Schilderung des Referenten zu urtheilen, gar böse hergegangen sein.

Nur schweren Herzens habe man sich herbeigelassen, her Nothwendigkeit sich fügend, den Socialdemokraten das Wahlrecht einzuräumen. Man beschränkte, daß durch die Erweiterung des Wahlrechts Elemente in die Stadtverordneten-Versammlung hineinkommen könnten, die unbekümmert ihrer persönlichen Ansicht und ihres persönlichen guten Willens gewohnt sind, den Wünschen der Parteiführer, die außerhalb der Versammlung stehen, zu folgen und dadurch Unheil anrichten würden. Nun hat ja schon Rechtsanwalt Heilberg auf das Unzutreffende dieser Befürchtung hingewiesen und bemerkt, daß es gerade die Socialdemokraten sind, wenn diese gemeint sein sollten, die sich nicht schmeißen lassen, wir wollen aber zur größeren Beruhigung unserer furchtsamen Stadtväter dem noch hinzufügen, daß die Leute, die wir zu Stadtverordneten auswählen, mit den Principien unserer Partei so genau vertraut sind, daß sie aus eigenem Ermessen handeln und die Konsequenzen ihrer Handlungen werden ziehen können. Diese Erwägung, es könnte mit der Ruhe der Stadtväter vorbei sein, würde wohl genügt haben, den Antrag zu Falle zu bringen, wenn nicht die unüberwindlichen Schwierigkeiten vor den Augen gestanden hätten, die das jetzige Wahlrecht, wenn es bestehen bliebe, im Gefolge haben würde. Nur dieser Umstand war für die Herren maßgebend. Der Magistrat hält diese Schwierigkeiten für so bedenklich, daß er sich bereit erklärte, jedem Antrage, das Bürgerrecht an einen Steuerfuß zu knüpfen, seine Zustimmung zu geben. Wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit vieler unserer Stadtverordneten beschaffen ist, hat diese Vorlage in deutlicher Weise documentirt. Eine ganze Anzahl, die in der Sitzung Reiterate gehalten hatte, verließ bald, als der Stadtverordnetenvorsteher die Sache Heilberg aufrief, den Saal. Unter ihnen der Buchhändler Morgenstern, der sich auch für freisinnig hält. Niemand sprach gegen die Erweiterung des Wahlrechts, man merkte es aber Vielen an, besonders denen, deren Mandat bei der bevorstehenden Communalwahl in Frage kommt, daß ihnen unheimlich wurde, daß sie ihrem gepreßten Herzen nicht Luft machen konnten. Syndicus Göb hatte dargelegt, daß der gegenwärtige Bestand ein höchst unerquicklicher sei, der nicht länger anbauern dürfe. Die Entscheidung Göb machte offenbar Eindruck auf die Versammlung; man sah ein, daß ein nochmaliges Ausweichen unmöglich sei und bequente sich endlich, den Drängern zu willfahrenden Oberbürgermeister Vender stimmt mit Syndicus Göb überein; er erklärt, wenn hier 10,000 Socialdemokraten sind, so müssen sie auch in der Stadtverordneten-Versammlung vertreten sein, wir wünschen das, nicht, weil wir sie lieben, sondern weil wir sie sprechen hören wollen, wir wollen hören, was sie verlangen, nicht aus ihren Zeitungen wollen wir informiert sein, sondern mündlich. Der Herr Oberbürgermeister hat auf einmal Muth bekommen, wir sind indeß ganz seiner Meinung; die Stadtverordneten-Versammlung ist ja eine Institution, die nicht politisch überwacht ist, und wo der dolus eventualis auch nicht gerade Anwendung finden kann, und da ist ja eine ordentliche Aussprache möglich. Herr Vender sprach offenbar in der Meinung, daß vielleicht nur ein paar Socialdemokraten ins Stadthaus einmarschieren werden, mit denen er sehr leicht fertig zu werden glaubt. Vielleicht täuscht sich Herr Vender in dieser Hoffnung. Herr Kaiser will die Socialdemokraten haben, damit sie dem Magistrat Opposition machen könnten, die er wahrscheinlich nicht zu machen getraut. Er stellt sich auf Seite des Herrn Bellerode, wenn schon, denn schon, meint er, wenn schon die Freisinnigen mit den Socialdemokraten gemeinsame Sache machen wollen, dann sollen sie sie nur ordentlich machen. Rechtsanwalt Ollendorf hielt Bellerode vor, daß er es mit seinem Antrage nicht ehrlich meine, er werde aus diesem Grunde nicht für seinen Antrag stimmen. Bellerode beharrt auf seinem Antrage, erklärt aber, auch für den Antrag Heilberg stimmen zu wollen. Simon I beantragt Schluß der Debatte, der auch erfolgt. Zuerst wurde über den Antrag Bellerode abgestimmt; die Abstimmung, die durch Namensaufruf erfolgt, ergiebt 21 Stimmen für und 51 gegen denselben, 24 Stadtverordnete fehlten. Der Antrag Heilbergs, ebenfalls in namentlicher Abstimmung, wird mit 65 gegen 4 Stimmen angenommen. 27 Stadtverordnete sind abwesend. Das ist also das Ergebnis. Lange genug hat es gedauert, den Forderungen der ärmeren Bevölkerung Breslaus

